

Freundschaft

Zeitung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Kasachstans

Erscheint seit 1. Januar 1966

Freitag, 13. Juni 1986

Nr. 120 (5 248)

Preis 3 Kopeken

Aus Budapest zurückgekehrt

Am 11. Juni ist der Generalsekretär des ZK der KPdSU M. S. Gorbatschow aus Budapest nach Moskau abgereist. Er wollte auf Einladung des ZK der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei zu einem Freundschaftsbesuch in Ungarn und leitete die sowjetische Delegation zur Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrags.

F. Karpati und anderen offiziellen Persönlichkeiten.

An demselben Tag ist der Generalsekretär des ZK der KPdSU M. S. Gorbatschow, aus Budapest kommend, nach Moskau zurückgekehrt.

Zusammen mit ihm trafen auch die Mitglieder der sowjetischen Delegation zur Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses ein. (TASS)

Appell der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages an die Mitgliedstaaten der NATO, an alle europäischen Länder zur Reduzierung der Streitkräfte und konventionellen Rüstungen in Europa

Im Bewußtsein der Verantwortung gegenüber Ihren Völkern und der Menschheit für das Schicksal des Friedens in Europa und in der ganzen Welt, geleitet von dem Streben nach einer radikalen Wende zum Besseren in der gegenwärtigen komplizierten internationalen Lage, sind die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages der Auffassung, daß heute mehr denn je entschlossene Aktionen und konkrete Maßnahmen notwendig sind, um das Wettrennen zu beenden, zu wirklicher Abrüstung überzugehen und die Kriegsgefahr zu bannen.

Staat, die USA und Kanada. Sie sind eine gewichtige Ergänzung des Programms zur Beseitigung der Massenvernichtungswaffen. Zugleich haben sie selbständigen Charakter. Ihre Realisierung würde die Kriegsgefahr in Europa bedeutend verringern.

I.

Die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages schlagen vor, alle Komponenten der Landstreitkräfte und der taktischen Fliegerkräfte der europäischen Staaten sowie der in Europa stationierten entsprechenden Kräfte und Mittel der USA und Kanadas wesentlich zu reduzieren. Gleichzeitig mit den konventionellen Rüstungen sollten auch die nuklearen Rüstungen operativ-taktischer Bestimmung mit einer Reichweite (Aktionsradius) bis 1000 km abgebaut werden.

Der geographische Reduzierungsraum umfaßt das Territorium ganz Europas vom Atlantik bis zum Ural. Die Reduzierung der Streitkräfte und konventionellen Rüstungen in Europa soll schrittweise, in abgestimmten Zeiträumen und bei ständiger Aufrechterhaltung des militärischen Gleichgewichts auf niedrigerem Niveau erfolgen, ohne daß die Sicherheit irgendeiner Seite beeinträchtigt würde. Gemeinsam mit den abzubauenden Verbänden und Truppenteilen würde auch ihre strukturelle Bewaffnung, einschließlich der Kernmittel, reduziert.

Als erster Schritt wird vorgeschlagen, eine einmalige Reduzierung der Truppenstärke der Staaten der beiden einander gegenüberstehenden militärpolitischen Bündnisse innerhalb von ein bis zwei Jahren um 100 000 bis 150 000 Mann auf jeder Seite vorzunehmen. Dabei wäre die Reduzierung der taktischen Fliegerkräfte von besonderer Bedeutung. Die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages sind unmittelbar danach zu weiteren bedeutenden Reduzierungen bereit. Bei entsprechender Bereitschaft der Länder des nordatlantischen Bündnisses würden dadurch Anfang der 90er Jahre die Landstreitkräfte und die taktischen Fliegerkräfte beider Bündnisse in Europa um ca. 25 Prozent des heutigen Niveaus reduziert werden. Eine solche Reduzierung würde über eine halbe Million Mann auf jeder Seite betragen. Die einander gegenüberstehenden Streitkräftegruppierungen in Europa würden damit um

mehr als eine Million Mann verringert.

Die verbündeten sozialistischen Staaten treten dafür ein, die Reduzierung der Streitkräfte und Rüstungen der Staaten der NATO und des Warschauer Vertrages auch künftig fortzusetzen. Ein wesentlicher Abbau der Streitkräfte und Rüstungen beider Bündnisse würde es ermöglichen, daß sich andere europäische Staaten diesem Prozeß anschließen.

Die zu reduzierenden Komponenten der Streitkräfte sollten als gleichwertige vollständige Verbände, Truppenteile und Einheiten zusammen mit ihrer strukturellen Bewaffnung und Kampftechnik aufgelöst werden. Ihr Personalbestand würde nach der in jedem Staat festgelegten Ordnung demobilisiert.

Die abzubauenden Rüstungen und die Technik könnten vernichtet oder auf den nationalen Territorien nach vereinbarten Verfahren gelagert werden. Die Kernladungen wären zu vernichten. Einige Arten von Militärtechnik könnten nach Übereinkunft friedlicher Nutzung zugeführt werden.

Die durch entsprechende Reduzierungen der Streitkräfte und konventionellen Rüstungen freizumachenden Mittel dürfen nicht für die Schaffung neuer Waffenarten oder für andere militärische Zwecke eingesetzt, sondern müssen für die ökonomische und soziale Entwicklung verwendet werden.

Alle Teilnehmerstaaten eines Abkommens über die Reduzierung der Streitkräfte und Rüstungen würden die Verpflichtung übernehmen, die Landstreitkräfte und die taktischen Fliegerkräfte außerhalb des Reduzierungsraumes nicht zu erhöhen.

II.

Es wird vorgeschlagen, ein solches Verfahren der Reduzierung der Streitkräfte und konventionellen Rüstungen auszuarbeiten, bei dem der Reduzierungsprozeß die Gefahr eines Überraschungsangriffes verringern und die militärstrategische Stabilität auf dem europäischen Kontinent festigen würde. Dazu sollte vereinbart werden, gleich zu Beginn die taktischen Fliegerkräfte beider militärpolitischen Bündnisse in Europa bedeutend zu reduzieren sowie die Truppenkonzentration entlang der Trennlinie dieser Bündnisse zu verringern. Zu diesem Zweck sollten auch zusätzliche Maßnahmen ausgear-

beitet und durchgeführt werden, die die Staaten des Warschauer Vertrages und der NATO sowie alle europäischen Länder in der Gewährleistung bestärken würden, daß gegen sie keine Überraschungsangriffe unternommen werden.

Es sollte vereinbart werden, große militärische Übungen (nach Anzahl und Umfang) zu begrenzen, detailliertere Informationen über sie, darunter über die Anzahl der Kräfte und Mittel, die aus anderen Gebieten für den Zeitraum der Übungen nach Europa überführt werden, auszutauschen sowie andere vertrauensbildende Maßnahmen zu ergreifen.

Der Festigung des Vertrauens und der Schaffung günstigerer Bedingungen für die Reduzierung der Streitkräfte und Rüstungen in Europa würde die Verwirklichung solcher Maßnahmen dienen wie die Schaffung von kernwaffen- und chemiewaffenfreien Zonen auf dem Kontinent, die schrittweise Reduzierung der militärischen Aktivitäten der beiden Militärbündnisse, die Zusammenarbeit zwischen ihren Teilnehmern in den Fragen der Rüstungsbegrenzung und Abrüstung.

III.

Die Reduzierung von Streitkräften und konventionellen Rüstungen sollte unter zuverlässiger und wirksamer Kontrolle sowohl durch nationale technische Mittel als auch internationale Verfahren — bis hin zu Vor-Ort-Inspektionen — erfolgen.

Neben der Kontrolle des Reduzierungsprozesses werden die militärischen Aktivitäten der nach der Reduzierung verbleibenden Truppen beobachtet.

Es sollten auch adäquate Formen der Überprüfung für die entsprechenden Vereinbarungen durchzuführenden Maßnahmen zur Erhöhung des gegenseitigen Vertrauens festgelegt werden.

Für die Kontrolle werden die Seiten zum vereinbarten Zeitpunkt austauschen; Zahlenangaben über die Gesamtstärke der Landstreitkräfte und der taktischen Fliegerkräfte in der Reduzierungszone; über den zu reduzierenden sowie den danach verbleibenden Teil; Verzeichnisse (Aufstellungen) der zu reduzierenden (aufzulösenden) militärischen Formationen mit Angabe ihrer Bezeichnung, zahlenmäßiger Stärke, Dislozierung und Anzahl der wichtigsten vereinbarten Waffentypen, die zu reduzieren sind. Über den Beginn und

den Abschluß der Reduzierungen wäre zu informieren.

Für die Kontrolle wird eine internationale Konsultativkommission aus Vertretern der Länder der NATO und des Warschauer Vertrages sowie interessierter neutraler und nichtpaktgebundener und anderer europäischer Staaten gebildet.

Zu Vor-Ort-Kontrollen der Reduzierung der Streitkräfte, der Vernichtung bzw. Einlagerung der Rüstungen könnten erforderlichenfalls Vertreter der internationalen Konsultativkommission hinzugezogen werden. Für diese Kontrolle würden an großen Eisenbahnknotenpunkten, auf Flugplätzen und in Häfen Kontrollposten aus Vertretern der internationalen Konsultativkommission geschaffen.

IV.

Die vorliegenden Vorschläge zur Reduzierung der Streitkräfte und konventionellen Rüstungen in Europa könnten in der zweiten Etappe der Konferenz über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa konkret erörtert werden.

Angesichts der Dringlichkeit, die militärische Konfrontation in Europa abzubauen, sind die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages zugleich der Meinung, daß die Vorschläge unverzüglich erörtert werden könnten. Sie erachten es als möglich, dazu ein spezielles Forum von Vertretern der europäischen Staaten, der USA und Kanadas einzuberufen. Sie sind auch bereit, den Rahmen der Wiener Verhandlungen

über die gegenseitige Reduzierung von Streitkräften und Rüstungen in Mitteleuropa zu erweitern, indem andere europäische Staaten einbezogen werden und das Verhandlungsmandat entsprechend verändert wird.

Sie erklären ihre Bereitschaft, alle möglichen Kanäle und Foren für den gegenseitigen Abbau der militärischen Konfrontation im gesamteuropäischen Maßstab zu nutzen, und bekräftigen zugleich ihr Interesse an einem Abbau der Rüstungen und Streitkräfte in Mitteleuropa wie einem positiven Abschluß der ersten Etappe der Stockholmer Konferenz.

V.

Von großem Gewicht für die Einschätzung der tatsächlichen Absichten der militärpolitischen Gruppierungen wie auch einzelner Staaten sind die Militärdoktrinen. Die jahrelang angehäuften gegenseitigen Verdächtigungen und das Mißtrauen müssen beseitigt werden. Man muß sich einig sein mit den gegenseitigen Besorgnissen beider Bündnisse in Europa und in der Welt müssen die Militärdoktrinen und -doktrinen der militärischen Bündnisse auf Verteidigungsprinzipien beruhen.

Mit aller Verantwortung erklären die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages, daß sie niemals und unter keinen Umständen — außer wenn sie selbst Objekt einer Aggression werden — Kriegshandlungen gegen einen anderen Staat führen werden, sei es in Europa oder in einer anderen Region der Welt.

Die von ihnen unterbreiteten Vorschläge ergeben sich aus ihrer konsequenten Politik, die auf die Beseitigung der Kriegsgefahr und die Schaffung eines stabilen und sicheren Friedens gerichtet ist. Sie ergeben sich aus dem Verteidigungscharakter ihrer Militärdoktrin, die eine Aufrechterhaltung des militärischen Kräftegleichgewichts auf einem möglichst niedrigen Niveau und die Reduzierung der Militärpotentiale auf einen ausreichenden, für die Verteidigung notwendigen Stand vorsieht.

Von den gleichen friedlichen Absichten der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages zeugt ihr Vorschlag, die beiden Militärbündnisse gleichzeitig aufzulösen.

Auch die Mitgliedsländer der NATO sprechen vom Verteidigungscharakter ihres Bündnisses. Deshalb sollte es keine Hindernisse für beiderseitige bedeutende Reduzierungen der Streitkräfte und konventionellen Rüstungen in Europa geben.

Mit ihrem Appell stellen die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages keinerlei Vorbedingungen, um mit der sachlichen Erörterung der darin enthaltenen Vorschläge zu beginnen. Sie sind bereit, auch andere diesbezügliche Vorschläge, die von den Mitgliedstaaten der NATO, von neutralen und nichtpaktgebundenen sowie anderen europäischen Staaten unterbreitet werden, in konstruktivem Geiste zu prüfen.

Für die Volksrepublik Bulgarien
Iodor SHIWKOW
Generalsekretär des ZK der Bulgarischen Kommunistischen Partei und Vorsitzender des Staatsrates der Volksrepublik Bulgarien

Für die Ungarische Volksrepublik
Janos KADAR
Generalsekretär der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei

Für die Deutsche Demokratische Republik
Erich HONECKER
Generalsekretär des ZK der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und Vorsitzender des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik

Für die Volksrepublik Polen
Wojciech JARUZELSKI
Erster Sekretär des ZK der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei und Vorsitzender des Staatsrates der Volksrepublik Polen

Für die Sozialistische Republik Rumänien
Nicolae CEAUDESCU
Generalsekretär der Rumänischen Kommunistischen Partei und Präsident der Sozialistischen Republik Rumänien

Für die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
M. S. GORBATSCHOW
Generalsekretär des ZK der Kommunistischen Partei der Sowjetunion

Für die Tschechoslowakische Sozialistische Republik
Gustav HUSAK
Generalsekretär des ZK der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei und Präsident der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik

Budapest, 11. Juni 1986

Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages

In der Hauptstadt der Ungarischen Volksrepublik Budapest hat am 10. Juni die fällige Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrags begonnen.

An der Tagung nehmen teil: von der Volksrepublik Bulgarien — T. Shiwkow, Generalsekretär des ZK der Bulgarischen Kommunistischen Partei, Vorsitzender des Staatsrates der Volksrepublik Bulgarien, Leiter der Delegation; G. Atanasow, Mitglied des Politbüros des ZK der BKP, Vorsitzender des Ministerrates der VRB; P. Mladenow, Mitglied des Politbüros des ZK der BKP, Minister für Auswärtige Angelegenheiten der VRB; M. Balaw, Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der BKP; D. Dshurov, Mitglied des Politbüros des ZK der BKP, Minister für Volksverteidigung der VRB; D. Stanischew, Sekretär des ZK der BKP;

USAP, Minister für Verteidigung der UVR;

von der Deutschen Demokratischen Republik — E. Honecker, Generalsekretär des ZK der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Vorsitzender des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik, Leiter der Delegation; W. Stoph, Mitglied des Politbüros des ZK der SED, Vorsitzender des Ministerrates der DDR; H. Axen, Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der SED; H. Kelller, Mitglied des Politbüros des ZK der SED, Minister für Nationale Verteidigung der DDR; E. Krenz, Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der SED, Stellvertreter Vorsitzender des Staatsrates der DDR; G. Mittag, Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der SED, Stellvertreter Vorsitzender des Staatsrates der DDR; O. Fischer, Mitglied des ZK der SED, Minister für Auswärtige Angelegenheiten der DDR;

Kandidat des Politbüros des ZK der PVAP, Minister für Auswärtige Angelegenheiten der VRP; F. Siwicki, Kandidat des Politbüros des ZK der PVAP, Minister für Nationale Verteidigung der VRP;

von der Sozialistischen Republik Rumänien — N. Ceausescu, Generalsekretär der Rumänischen Kommunistischen Partei, Präsident der Sozialistischen Republik Rumänien, Leiter der Delegation; C. Dascalu, Mitglied des Politischen Exekutivkomitees des ZK der RKP, Premierminister der Regierung der SSR; I. Stoian, Kandidat des Politischen Exekutivkomitees des ZK der RKP; W. Milla, Kandidat des Politischen Exekutivkomitees und Minister für Nationale Verteidigung der SSR; I. Veduva, Mitglied des ZK der RKP, Minister für Auswärtige Angelegenheiten der SSR; N. Veres, Botschafter der SSR in der UVR;

von der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken — M. S. Gorbatschow, Generalsekretär des ZK der KPdSU, Leiter der Delegation; A. A. Gromyko, Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU und Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR; N. I. Ryschow, Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU und Vorsitzender des Ministerrates der UdSSR; E. A. Schewardnadse, Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU und

Außenminister der UdSSR; S. L. Sokolow, Kandidat des Politbüros des ZK der KPdSU und Verteidigungsminister der UdSSR; W. A. Medwedew, Sekretär des ZK der KPdSU;

von der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik — G. Husak, Generalsekretär des ZK der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei, Präsident der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik, Leiter der Delegation; L. Strougal, Mitglied des Präsidiums des ZK der KPTsch und Vorsitzender der Regierung der CSSR; V. Bilak, Mitglied des Präsidiums und Sekretär des ZK der KPTsch; M. Jakes, Mitglied des Präsidiums und Sekretär des ZK der KPTsch; B. Choupek, Mitglied des ZK der KPTsch und Außenminister der CSSR; M. Vavrick, Mitglied des ZK der KPTsch und Minister für Nationalverteidigung der CSSR.

An der Tagung nahm auch der Oberkommandierende der Vereinigten Streitkräfte der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages, Marschall der Sowjetunion V. G. Kulikow und der Generalsekretär des Politischen Beratenden Ausschusses, Stellvertreter Minister für Auswärtige Angelegenheiten der UVR M. Barity teil.

J. Kadar eröffnete die Tagung durch eine kurze Grußansprache.

Es fanden zwei Sitzungen statt, auf denen der Leiter der DDR-Delegation E. Honecker und der Leiter der VRP-Delegation W. Jaruzelski nacheinander den Vorsitz führten. Ansprachen hielten die Genossen M. S. Gorbatschow, W. Jaruzelski, G. Husak, E. Honecker, N. Ceausescu, T. Shiwkow und J. Kadar.

Auf der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses, die in einer Atmosphäre der Freundschaft und kameradschaftlichen sachlichen Zusammenarbeit verläuft, wird die Lage in Europa und in der ganzen Welt erörtert, dabei wird die Hauptaufmerksamkeit den aktuellen Aufgaben des Kampfes um die Abrüstung, die Umgestaltung der internationalen Beziehungen, Festigung der Sicherheit in Europa und der ganzen Welt sowie um die Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen den Staaten geschenkt.

Es wurden auch andere aktuelle Fragen der Stärkung der Einheit und Geschlossenheit der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages sowie der Erweiterung ihrer allseitigen Zusammenarbeit erörtert.

△

Die Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses der Warschauer Vertragsstaaten ist am 11. Juni in Budapest zu Ende gegangen.

Günstiges Kohlevorhaben

Aus dem Erstling der neuen „Kohlefernung“ — dem Versuchsbau „Rasdolnoje“ — gelangt preisgünstig geförderte Kohle in die Gebiete Kustanai und Turgai sowie zu den Uralkraftwerken.

Das Braunkohlenbecken von Turgai ist wie ein Sternbild, das aus über zwei Dutzend großen Lagerstätten besteht. Seine Kohlevorräte — es sind nicht weniger als 60 Milliarden Tonnen — stehen den Becken von Turgai und Kansk-Atschinsk nicht nach.

Die flach gelegenen 8 bis 60 Meter mächtigen Kohlenflöze werden den Abbau zu einem günstigen Vorhaben machen. Der hohe Heizwert, gepaart mit niedrigem Aschengehalt — zweimal geringer als der bei der Ekibastuzkohle — ermöglicht es, den örtlichen Brennstoff sowohl als Energieträger wie auch für den kommunalen und Haushaltsbedarf zu verwenden. Der neue Komplex soll den spürbaren Brennstoffmangel, der infolge der intensiven Industriewirtschaft entstanden ist, überwinden und Masut und Gas, die jetzt in Kesselfeuerungen und Kraftwerken eingesetzt werden, für andere Zwecke freimachen.

Im Laufe der Lösung dieses Problems wurden die Kohlenfachteure vor die Aufgabe gestellt, die sich aus den Beschlüssen des XXVII. Parteitags der KPdSU ergibt: Eine so optimale Investitionsvariante zur Erschließung des Kohlenbeckens zu finden, bei der sich der Umschlagzyklus der Investition verkürzt. Die Baukosten beginnen sich noch vor dem Abschluß des Baus zu amortisieren. (KasTAG)

(TASS)

Kommuniqué der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages

Am 10. und 11. Juni 1986 fand in Budapest eine Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand statt. An der Tagung nahmen teil:

von der Volksrepublik Bulgarien — Todor Shitkow, Generalsekretär des Zentralkomitees der Bulgarischen Kommunistischen Partei, Vorsitzender des Staatsrates der Volksrepublik Bulgarien, Leiter der Delegation; Georgi Atanasow, Mitglied des Politbüros des ZK der BKP, Vorsitzender des Ministerrates der VRB; Petyr Mladenow, Mitglied des Politbüros des ZK der BKP, Minister für Auswärtige Angelegenheiten der VRB; Milko Bawew, Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der BKP; Dobri Dshurow, Mitglied des Politbüros des ZK der BKP, Minister für Volksverteidigung der VRB; Dimitry Stanischew, Sekretär des ZK der BKP.

von der Ungarischen Volksrepublik — János Kádár, Generalsekretär der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei, Leiter der Delegation; Georgy Lazar, Mitglied des Politbüros des ZK der USAP, Vorsitzender des Ministerrates der UVR; Matyas Szürös, Sekretär des ZK der USAP; Peter Varkonyi, Mitglied des ZK der USAP, Minister für Auswärtige Angelegenheiten der UVR; Ferenc Karpati, Mitglied des ZK der USAP, Minister für Verteidigung der UVR.

von der Deutschen Demokratischen Republik — Erich Honecker, Generalsekretär des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Vorsitzender des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik, Leiter der Delegation; Willi Stoph, Mitglied des Politbüros des ZK der SED, Vorsitzender des Ministerrates der DDR; Hermann Axen, Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der SED; Heinz Keller, Mitglied des Politbüros des ZK der SED, Minister für nationale Verteidigung der DDR; Egon Krenz, Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der SED, Stellvertreter des Vorsitzenden des Staatsrates der DDR; Günter Mittag, Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der SED, Stellvertreter des Vorsitzenden des Staatsrates der DDR; Oskar Fischer, Mitglied des ZK der SED, Minister für Auswärtige Angelegenheiten der DDR.

von der Volksrepublik Polen — Wojciech Jaruzelski, Erster Sekretär des Zentralkomitees der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei, Vorsitzender des Staatsrates der Volksrepublik Polen, Leiter der Delegation; Zbigniew Mebner, Mitglied des Politbüros des ZK der PVAP, Vorsitzender des Ministerrates der VRP; Jozef Czyrek, Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der PVAP; Marian Orzechowski, Kandidat des Politbüros des ZK der PVAP, Minister für Auswärtige Angelegenheiten der VRP; Florian Siwicki, Kandidat des Politbüros des ZK der PVAP, Minister für nationale Verteidigung der VRP.

von der Sozialistischen Republik Rumänien — Nicolae Ceaușescu, Generalsekretär der Rumänischen Kommunistischen Partei, Präsident der Sozialistischen Republik Rumänien, Leiter der Delegation; Constantin Dascalescu, Mitglied des Politischen Exekutivkomitees des ZK der RKP, Premierminister der Regierung der SRR; Ion Stoloianu, Kandidat des Politischen Exekutivkomitees und Sekretär des ZK der RKP; Vasile Milea, Kandidat des Politischen Exekutivkomitees des ZK der RKP, Minister für nationale Verteidigung der SRR; Ilie Vaduva, Mitglied des ZK der RKP, Minister für Auswärtige Angelegenheiten der SRR; Nicolae Veres, Botschafter der SRR in der UVR.

von der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken — M. S. Gorbatschow, Generalsekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, Leiter der Delegation; A. A. Gromyko, Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU, Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR; N. I. Ryschkow, Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU, Vorsitzender des Ministerrates der UdSSR; E. A. Schewardnadse, Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU, Minister für Auswärtige

Angelegenheiten der UdSSR; S. L. Sokolow, Kandidat des Politbüros des ZK der KPdSU, Minister für Verteidigung der UdSSR; W. A. Medwedew, Sekretär des ZK der KPdSU; von der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik — Gustav Husak, Generalsekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik, Präsident des Präsidiums des ZK der KPTsch, Vorsitzender der Regierung der CSSR; Vasil Bilak, Mitglied des Präsidiums und Sekretär des ZK der KPTsch; Milos Jakes, Mitglied des Präsidiums und Sekretär des ZK der KPTsch; Bohuslav Chnoupek, Mitglied des ZK der KPTsch, Minister für Auswärtige Angelegenheiten der CSSR; Milan Vlacik, Mitglied des ZK der KPTsch, Minister für nationale Verteidigung der CSSR.

An der Tagung nahmen auch der Oberkommandierende der Vereinten Streitkräfte der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages, Marschall der Sowjetunion V. G. Kulikow und der Generalsekretär des Politischen Beratenden Ausschusses, der Stellvertreter des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten der Ungarischen Volksrepublik Miklos Baroty, teil.

Es fand ein Meinungsaustausch über die Lage in Europa und in der Welt statt. Erörtert wurden aktuelle Aufgaben des Kampfes für Abrüstung, für die Umgestaltung der internationalen Beziehungen, die Festigung der europäischen und internationalen Sicherheit und die Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen den Staaten.

I.
Die Teilnehmer der Tagung äußerten ihre ernste Besorgnis über die in der Welt entstandene gespannte Lage. Sie ist Folge der Aktivitäten der USA und der NATO, die das Weltstrüben vor allem auf die nukleare Ebene verlagern. Sie weigern sich, den Weg der Zügelung des Wettrenns der Verhinderung seiner Ausdehnung auf den Weltraum und der Einstellung der Nukleartests zu beschreiten, und welchen konstruktiven Antwort auf eine so bedeutsame Initiative, wie das von der UdSSR vorgeschlagene Programm zur vollständigen Beseitigung der Massenvernichtungswaffen bis zum Ende des XX. Jahrhunderts, aus. Die Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen in Europa wird fortgesetzt. Es häufen sich Akte imperialistischer Gewaltpolitik, der groben Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten. Die Hoffnungen der Völker auf reale Schritte zur Abrüstung und zur Wiederherstellung der Entspannung, die durch das sowjetisch-amerikanische Treffen auf höchster Ebene in Genf und seine grundsätzlichen Vereinbarungen geweckt wurden, haben sich bis jetzt nicht erfüllt.

Die Welt hat eine solche Phase ihrer Entwicklung erreicht, in der ein Ausweichen vor der Lösung der Grundfragen der gesamten Zivilisation aufs Spiel setzt. Unter den heutigen Bedingungen kann kein Staat und keine Staatengruppe Sicherheit und Gedeihen darauf aufbauen, anderen Ländern und Völkern mit militärischer Gewalt ihren Willen zu diktieren. Eine solche Politik — gleich ob man sie „Neoglobismus“ oder anders nennt — ist aussichtslos und für die Menschheit unheilvoll. Grundlegende Aufgabe unserer Zeit ist es, den Frieden zu schützen, das Wettrennen zu beenden und zu konkreten Abrüstungsmaßnahmen, in erster Linie auf nuklearem Gebiet, überzugehen. Sie kann gelöst werden. Es ist möglich, die Tendenz des Anwachsens der Kriegsgefahr umzukehren und die internationalen Beziehungen in die Bahnen der Entspannung zurückzuführen. Die Menschheit kann und muß den Weg zu einem nuklearen Inferno versperrern.

Die Teilnehmer der Tagung sind fest überzeugt, daß zuverlässige Sicherheit für alle Länder und Völker sowie friedliche Bedingungen für ihre Entwicklung und ihren Fortschritt nur mit politischen Mitteln, durch gemeinsame Anstrengungen aller Staaten gewährleistet werden können. Diese Position trägt den Realitäten des

Atomzeitalters Rechnung und ist ein Beweis der hohen Verantwortung für das Schicksal ihrer Völker für die Geschichte der ganzen Menschheit.

In der gegenwärtigen Situation gibt es keine vernünftige Alternative zur friedlichen Koexistenz der Staaten. Heute ist es mehr denn je erforderlich, die Prinzipien der Achtung der nationalen Unabhängigkeit und Souveränität, der Verzicht auf die Anwendung oder Androhung von Gewalt, der Unverletzlichkeit der Grenzen und der territorialen Integrität, der friedlichen Streitbeilegung, der Nichtmischung in die inneren Angelegenheiten, der Gleichberechtigung und die anderen allgemein anerkannten Normen der internationalen Beziehungen strikt einzuhalten.

II.
Die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages bekräftigen die Aktualität der Ziele und Aufgaben, die in der Erklärung der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses in Sofia vom 23. Oktober 1985 gestellt wurden. Sie halten es für ihre Pflicht, beharrlich und konsequent dafür zu ringen, die nukleare Bedrohung zu beseitigen, eine Wende zum Besseren in Europa und in der Welt herbeizuführen und eine fruchtbringende Zusammenarbeit zwischen den Staaten zu entwickeln. Die verbündeten sozialistischen Staaten streben die Schaffung eines allumfassenden Systems der internationalen Sicherheit an, das sowohl das militärische und politische als auch das ökonomische und humanitäre Gebiet umfaßt. Die außenpolitische Linie der Bruderländer, die in den Beschlüssen der Parteitage ihrer regierenden Parteien verankert ist, zielt darauf, eine für alle sichere Welt — eine Welt ohne Waffen und ohne Kriege — zu errichten.

Die Teilnehmer der Tagung treten entschlossen dafür ein, den politischen Dialog zwischen den unterschiedlichen Gesellschaftsordnungen fortzusetzen und zu vertiefen, ihn so konkret und erfolgreich wie möglich zu gestalten. Das gilt sowohl für die in Genf zwischen der UdSSR und den USA begonnenen Kontakte auf höchster Ebene als auch für die multilateralen und bilateralen Verhandlungen zwischen den europäischen Staaten.

III.
Die auf der Tagung vertretenen Staaten sind bereit, mit den anderen Ländern umfassend zusammenzuwirken, um das Wettrennen auf der Erde zu beenden, es im Weltraum zu verhindern und zur Abrüstung überzugehen. Sie rufen dazu auf, die Anstrengungen vor allem in folgenden Richtungen zu vereinen:

- **Beendigung aller Nukleartests.** Das wäre ein großer und zugleich leicht zu realisierender Schritt zur nuklearen Abrüstung und würde die Verwirklichung und Schaffung neuer Arten von Kernwaffen verhindern. Der Weg zur Lösung dieser Aufgabe führt über ein beiderseitiges Moratorium der UdSSR und der USA für nukleare Explosionen sowie über die unverzügliche Aufnahme von Verhandlungen über ein vollständiges Verbot dieser Tests unter strenger Kontrolle. Die Teilnehmer der Tagung begrüßen die erneute Verlängerung des einseitigen Moratoriums durch die Sowjetunion und appellieren an die USA, sich diesem anzuschließen. Zugleich rufen sie alle anderen kernwaffenbesitzenden Staaten auf, die Nukleartests einzustellen und sich dafür einzusetzen, schnellstmöglich ein Abkommen über ihr umfassendes Verbot abzuschließen.

- **Vollständige Beseitigung der sowjetischen und amerikanischen Mittelstreckenraketen in der europäischen Zone auf beiderseitiger Grundlage** in dem Verständnis, daß Großbritannien und Frankreich ihre entsprechenden nuklearen Rüstungen nicht aufstocken und die USA ihre Raketen — die strategischen und die mittleren Reichweite — nicht an andere Länder weitergeben. Im Falle der vollständigen Beseitigung der amerikanischen Mittelstreckenraketen in Europa werden auch die sowjetischen operativen Raketen größerer Reichweite von den Territorien der DDR und der CSSR entfernt. **Erzielung konkreter Vereinbarungen**

in den sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen über nukleare und Weltraumwaffen, die die Interessen beider Seiten und aller anderen Staaten berücksichtigen. Die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages bekräftigen ihre Treue zu den Verträgen und Abkommen auf dem Gebiet der Rüstungsbegrenzung und Abrüstung. Sie rufen die USA nachdrücklich zur strikten Einhaltung der Abkommen zur Begrenzung der strategischen Rüstungen auf, Gefährlichen Charakter haben das „Sternenkrieg“-Programm zur Schaffung von Weltraumangriffswaffen, die Einbeziehung anderer Staaten in dieses Programm sowie die Ausarbeitung solcher Projekte wie der „europäischen Verteidigungsinitiative“ in einer Reihe westeuropäischer Länder. Der Weltraum muß für friedliche Zwecke, zum Wohle der ganzen Menschheit genutzt werden.

Beseitigung der chemischen Waffen sowie der industriellen Basis für ihre Herstellung noch in diesem Jahrhundert. Es ist dringend erforderlich, die Anstrengungen zur erfolgreichen Beendigung der Verhandlungen über den Abschluß einer internationalen Konvention auf der Genfer Konferenz zu verstärken und sich aller Handlungen zu enthalten, die ein vollständiges Verbot und die Beseitigung der chemischen Waffen behindern. Die Teilnehmer der Tagung sind konsequent gegen eine weitere Aufstockung der Arsenale dieser Massenvernichtungswaffen und gegen ihre Stationierung auf den Territorien anderer Staaten. Sie appellieren an die Länder der NATO, auf die Verwirklichung der Pläne zur Produktion von Binärraketen, einer besonders gefährlichen Variante der chemischen Waffen, sowie auf ihre Stationierung in Europa zu verzichten.

Bedeutende Reduzierung von Streitkräften und konventionellen Rüstungen auf globaler und regionaler Ebene. Die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages schlagen vor, mit einer solchen Reduzierung in Europa zu beginnen, wo die Konzentration der Streitkräfte und Rüstungen ein besonders gefährliches Ausmaß erreicht hat. Die Tagung nahm einen Appell an die Staaten der NATO und alle europäischen Länder mit einem entsprechenden Programm an.

Effektive Kontrolle auf allen Gebieten und in allen Etappen der Reduzierung der Rüstungen sowie der Abrüstung durch nationale technische Mittel wie auch internationale Verfahren bis hin zu Inspektionen vor Ort. Die auf der Tagung vertretenen Staaten sind bereit, auch beliebige zusätzliche Kontrollmaßnahmen zu vereinbaren.

Die Teilnehmerstaaten bekräftigen ihren Standpunkt, daß im Weltmaßstab die Anstrengungen zur Beseitigung der ausländischen Militärstützpunkte und zum Abzug der Truppen von fremden Territorien fortgesetzt werden müssen.

Praktische Schritte zur Reduzierung der Rüstungen und zur Abrüstung würden es ermöglichen, gewaltige materielle, finanzielle und menschliche Ressourcen für friedliche, schöpferische Zwecke freizusetzen, darunter zur Beseitigung der ökonomischen Rückständigkeit in vielen Regionen der Welt. Die Teilnehmer der Tagung messen der Durchführung einer internationalen Konferenz über Abrüstung und Entwicklung, wie sie im Beschluß der UNO vorgesehen ist, große Bedeutung bei.

Die besorgniserregende internationale Lage gebietet mit Nachdruck: Die bestehenden bilateralen und multilateralen Verhandlungsgrenzen zu Fragen der Begrenzung und Reduzierung der Rüstungen und zur Abrüstung müssen wirksam arbeiten und dürfen nicht als Deckmantel für das Wettrennen mißbraucht werden.

IV.
Als eine der zentralen Aufgaben ihrer Außenpolitik betrachten die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages die Festigung der Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa. Sie treten dafür ein, das Niveau der militärischen Konfrontation auf dem Kontinent zu senken, die hier vor-

handenen militärischen Potentialie zu reduzieren und auf dem Wege zur vollständigen Befreiung Europas von nuklearen und chemischen Waffen unbeirrt voranzuschreiten. Der Festigung der Stabilität und des Vertrauens wäre es dienlich, wenn auf dem Balkan, in Mitteleuropa, in Nordeuropa und in anderen Regionen des Kontinents Zonen geschaffen würden, die von diesen Massenvernichtungswaffen frei sind. Darauf sind die unlängst unterbreiteten Vorschläge der DDR und der CSSR sowie der VRB und der SRR gerichtet, die von den Teilnehmerstaaten der Tagung unterstützt werden.

Die Entspannung auf dem Kontinent würde gefördert, wenn in den Wiener Verhandlungen über die Reduzierung der Streitkräfte und Rüstungen in Mitteleuropa gegenseitig annehmbare Vereinbarungen erreicht würden.

Ein positiver Abschluß der ersten Etappe der Stockholmer Konferenz würde dazu beitragen, das Vertrauen und die Sicherheit in Europa zu festigen und günstigere Bedingungen zu schaffen, um zur Behandlung von Fragen der Abrüstung im gesamteuropäischen Rahmen überzugehen.

Solange es in Europa einander gegenüberstehende militärische Gruppierungen gibt, bleibt der Vorschlag der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages, mit den Ländern der NATO einen Vertrag über die gegenseitige Nichtanwendung militärischer Gewalt und die Aufrechterhaltung friedlicher Beziehungen abzuschließen, der auch den anderen Staaten offenstehen würde, aktuell. Im Interesse des Abbaus der gegenwärtigen Spannungen treten die Teilnehmer der Tagung für die Fortsetzung und Entwicklung des Dialogs zwischen den Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages und den Mitgliedsländern der NATO ein, einschließlich der Herstellung direkter Kontakte zwischen den beiden Organisationen, um entsprechende Vereinbarungen herbeizuführen.

In der entstandenen internationalen Situation halten es die auf der Tagung vertretenen Staaten für wichtig, Schritte zur Gesundung der Lage im Mittelmeerraum und zur Umwandlung dieser Region in eine Zone dauerhaften Friedens, der Sicherheit, der guten Nachbarschaft und der Zusammenarbeit zu unternehmen.

Eine große Rolle könnte in diesem Zusammenhang der gleichzeitige Abzug der Seekriegsflotten der UdSSR und der USA aus dem Mittelmeer spielen.

Die sozialistischen Länder messen dem in Wien bevorstehenden Treffen von Vertretern der Teilnehmerstaaten der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa große Bedeutung bei. Sie sind bereit, ihren Beitrag zur weiteren ausgewogenen Entwicklung des gesamteuropäischen Prozesses in allen Bereichen der Zusammenarbeit zu leisten, die in der Schlussakte von Helsinki vorgesehen sind. Neue Möglichkeiten der gegenseitig vorteilhaften Zusammenarbeit würde die Herstellung offizieller Beziehungen des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe und einzelner Mitgliedsländer der RGW zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft eröffnen.

Der Festigung des Vertrauens und der gegenseitigen Verständigung sowie gutnachbarlichen Beziehungen in Europa widersprechen Aufrufe, die Grenzen zwischen den europäischen Staaten zu revidieren und ihre sozialpolitische Ordnung zu ändern. Die Nachkriegsgrenzen auf dem Kontinent sind unverletzlich. Die Achtung der bestehenden politisch-territorialen Realitäten ist eine notwendige Bedingung für dauerhaften Frieden in Europa und für normale Beziehungen zwischen den europäischen Staaten. Die Aktivitäten reaktionärer Kräfte, vor allem in der Bundesrepublik Deutschland, und die Ermutigung des Revanchismus, wo auch immer, laufen den Interessen der Entspannung, der Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, dem Geist und dem Buchstaben der Schlussakte von Helsinki zuwider.

Europa bedarf der Wiederherstellung der Entspannung, des Übergangs zu einer beständigen Phase. Nur auf diesem Wege ist es möglich, eine zuverlässige

Sicherheit für alle europäischen Völker zu gewährleisten, die Spaltung des Kontinents zu überwinden und ein Europa des Friedens, der freundschaftlichen Zusammenarbeit und guter Nachbarschaft zu schaffen. Das ist ein reales Ziel. Durch aktive gemeinsame Anstrengungen kann es erreicht werden.

V.
Die führenden Repräsentanten der VRB, der UVR, der DDR, der VRP, der SRR, der UdSSR und der CSSR tauschten Meinungen zu den in der Welt bestehenden Spannungsherden und Konfliktsituationen aus und bekräftigten die Entschlossenheit ihrer Staaten, zu deren gerechter Regelung durch Verhandlungen beizutragen. Sie verurteilten die Einmischung imperialistischer Kräfte in die inneren Angelegenheiten souveräner Staaten, die gegen die sozialistischen und andere Länder gerichteten propagandistischen Verleumdungskampagnen, die Methoden des Diktats und die Aggressionsakte in verschiedenen Teilen der Welt.

Die Teilnehmer der Tagung bekräftigten den grundsätzlichen Standpunkt ihrer Staaten zu den Konflikten und Spannungsherden im Nahen und Mittleren Osten, in Südostasien, in Mittelamerika, im südlichen Afrika und in anderen Teilen der Welt, wie er in der Sofioter Erklärung dargelegt wurde. Sie sprachen sich für die Festigung des Friedens und der Sicherheit, die Entwicklung von Beziehungen der guten Nachbarschaft und Zusammenarbeit in Asien, im Pazifischen Raum, in Afrika und Lateinamerika aus.

Die Teilnehmer der Tagung erklärten ihre Solidarität mit den Völkern, die gegen die imperialistische Aggressionspolitik und für Unabhängigkeit, gesellschaftlichen und ökonomischen Fortschritt, für das Recht auf freie selbständige Entwicklung ohne Einmischung von außen kämpfen.

Sie unterstrichen die wachsende Rolle der Bewegung der Nichtpaktgebundenen als bedeutender Faktor der internationalen Beziehungen. Sie gaben der Hoffnung Ausdruck, daß das Gipfeltreffen der Teilnehmer dieser Bewegung, das 1986 in Harare stattfindet, seinen Beitrag zur Festigung des Friedens und der internationalen Sicherheit leistet.

Als prinzipielle Gegner jeglichen Terrorismus, vor allem des Staatsterrorismus, der die internationalen Beziehungen zu zerstören droht, sind die auf der Tagung vertretenen Länder bereit, mit allen Staaten konstruktiv zusammenzuarbeiten, um diese gefährliche Erscheinung aus dem Leben der Weltgemeinschaft zu verbannen.

Immer wichtiger und dringender wird es, die internationalen Wirtschaftsbeziehungen zu normalisieren. Ernste Folgen für den Frieden und das gesamte System der internationalen Beziehungen bergen die wirtschaftliche Notlage der Entwicklungsländer und ihre neokolonialistische Ausbeutung in sich. Sie sind eine der tieferen Ursachen der internationalen Spannungen und Konflikte in verschiedenen Teilen der Welt. Die vielschichtigen Probleme der Weltwirtschaft können nicht isoliert durch diese oder jene Staatengruppe gelöst werden. Die führenden Repräsentanten der auf der Tagung vertretenen Staaten sind für die demokratische Umgestaltung des gesamten Systems der internationalen ökonomischen Beziehungen. Sie treten für die Errichtung einer neuen Weltwirtschaftsordnung, die allen Staaten gleiche ökonomische Sicherheit gewährleistet, für die Beseitigung der Unterentwicklung sowie für die globale und gerechte Regelung des Problems der Auslandsverschuldung ein. Sie sprechen sich nachdrücklich dafür aus, alle Formen der Diskriminierung, der Politik des Boykotts und der Sanktionen, hoher Zinssätze und der Schaffung künstlicher Hindernisse auf dem Gebiet des wissenschaftlich-technischen und technologischen Austausches aus der internationalen Praxis zu beseitigen.

Die Teilnehmer der Tagung treten dafür ein, die Zusammenarbeit zwischen allen Staaten bei der Schaffung eines internationalen Regimes der sicheren Entwicklung der Kernenergie, einschließlich der Errichtung eines

Mechanismus der operativen Benachrichtigung und Übermittlung von Informationen, zu entwickeln. Sie sprechen sich dafür aus, dabei die Rolle der IAEA, der UNO und ihrer Spezialorganisationen zu erhöhen. Sie sind auch für die Einberufung einer speziellen internationalen Konferenz zur Erörterung dieses gesamten Fragenkomplexes.

VI.
Auf der Tagung wurde den Fragen der Festigung der Einheit und Geschlossenheit der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages, ihres Verteidigungsbündnisses und der Entwicklung der Zusammenarbeit auf allen Gebieten besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Hervorgehoben wurde die Bedeutung eines immer aktiveren Zusammenwirkens in den internationalen Angelegenheiten und bei der Ausarbeitung und Verwirklichung des abgestimmten außenpolitischen Kurses zur Gewährleistung der Sicherheit ihrer Völker, zur Beseitigung der Gefahr eines Kernwaffenkrieges, zur Abrüstung und Festigung des Weltfriedens.

Der unveränderte Standpunkt der Teilnehmerstaaten der Tagung bezüglich der gleichzeitigen Auflösung des Warschauer Vertrages und der NATO wurde bekräftigt.

Die Teilnehmer der Tagung sprachen sich dafür aus, den Erfahrungsaustausch über den sozialistischen Aufbau zu erweitern, die Entwicklung und die Probleme gegenseitig umfassend kennenzulernen und die Massenmedien zu diesem Zweck intensiv zu nutzen. Sie halten es für bedeutsam, die Effektivität der ökonomischen und wissenschaftlich-technischen Beziehungen und des Kultur-austausches zu erhöhen, die Kontakte zwischen Arbeitskollektiven und der Öffentlichkeit sowie die örtlichen und touristischen Beziehungen zu erweitern und die Zusammenarbeit in anderen Bereichen zu vertiefen. Die auf der Tagung vertretenen Staaten bekräftigten ihre Bereitschaft, mit allen anderen sozialistischen Staaten die Beziehungen, die allseitige Zusammenarbeit sowie das Zusammenwirken im Interesse des Kampfes für Frieden und Sozialismus, gegen den Imperialismus aktiv zu entwickeln.

Die Tagung schätzte die Arbeit des Komitees der Minister für Auswärtige Angelegenheiten und des Komitees der Minister für Verteidigung seit der letzten Tagung des PBA in Sofia positiv ein und legte deren weitere Aufgaben fest.

Der Politische Beratende Ausschuss faßte einen Beschluß zum Bericht des Oberkommandierenden der Vereinten Streitkräfte der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages über die vom Kommando geleistete praktische Arbeit.

Es ist vorgesehen, daß die Ungarische Volksrepublik als Gastgeber der Tagung den vom Politischen Beratenden Ausschuss angenommenen Appell sowie dieses Kommuniqué verbreitet.

Die nächste Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages findet turnusmäßig in Berlin, Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik, statt. Zum Generalsekretär des PBA für die nächste Periode wurde der Vertreter der DDR, der Staatssekretär und Erste Stellvertreter des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten Herbert Krollikowski ernannt.

Die Tagung verlief in einer Atmosphäre der Freundschaft und kameradschaftlichen Zusammenarbeit. Sie demonstrierte die Einheit der Ansichten zu allen erörterten Fragen.

Im ZK der Kommunistischen Partei Kasachstans

Über die Initiative der Arbeitskollektive der Republik, die sich verpflichtet haben, in ihrer Freizeit am Bau von

Freizeit im Jahre 1986 am Bau von Wohnungen sowie Objekten des Sozial-, Kultur- und Dienstleistungsbereichs teilzunehmen. Die Arbeiter und das Ingenieurtechnische Personal des Bergbau- und Aufbereitungskombinats Shairem beschlossen, acht Tage am Bau einer Schule und eines Wohnhauses abzuleisten. Die Kollektive des Hüttenkombi-

Wohnungen und Objekten des Sozial-, Kultur- und Dienstleistungsbereichs teilzunehmen

binats Karaganda, des Bergbau- und Aufbereitungskombinats Sokolowka-Sarbal verpflichteten sich, sechs Tage am Bau von Objekten der Sozial-, Kultur- und Dienstleistungsphäre zu arbeiten. Die Wertigkeiten des Blei- und Zinkkombinats Ust-Kamenogorsk werden sechs Tage am Bau eines Mehrfamilienwohnhau-

baus, Stadt- und Rayonpartei-Komitees, die Grundorganisations der Partei, die Sowjet-, Gewerkschafts- und Komсомолorgane, die Ministerien und andere staatliche Organe der Republik sind verpflichtet, diese patriotische Initiative der Arbeitskollektive auf jede Weise zu unterstützen und ihre weitere Entfaltung zu gewährleisten. Sie ist als konkrete Antwort der Wertigkeiten auf die Beschlüsse des XXVII. Parteitags der KPdSU und auf die Sorge der Partei um die Verbesserung der Lebensbedingungen der Sowjetmenschen zu betrachten. Landes-

es, eines Pionierlagers, eines Stadions, der Bergverwaltung Atasu, eines Sportkomplexes sowie eines prophylaktischen Betriebsanatoriums teilnehmen. Je vier Tage werden an den Objekten des Sozial-, Kultur- und Dienstleistungsbereichs die Wertigkeiten des Phosphorwerkes Nowodshambul und des Superphosphatwerks Dshambul, der

weit ist eine organisatorische und massenpolitische Arbeit zur Mobilisierung der Wertigkeiten für Erweilung von Patenhilfe bei der Beschleunigung der Bauarbeiten und der Inbetriebnahme der Objekte sozialer Infrastruktur zu entfalten.

Die Redaktionen der Presseorgane und das Staatliche Komitee der Kasachischen SSR für Fernsehen und Rundfunk müssen die Erfahrungen der Teilnahme der Arbeitskollektive am Bau von Wohnungen sowie von sozialen und kulturellen Einrichtungen systematisch beleuchten und propagieren.

Aus aller Welt - Panorama

In den Bruderländern

Auf dem Wege der Vergenossenschaftung

PRAG. Fast 35 Jahre schreitet das tschechoslowakische Dorf auf dem Wege der sozialistischen Vergenossenschaftung. Dank der von der KP/Tsch in den Planzeiträumen konsequent durchgeführten Politik der Vergenossenschaftung und Vereinigung von Kleinwirtschaften gibt es in der CSSR zur Zeit 1686 Einheitliche Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften (JZD) mit 622 000 Mitgliedern.

Trotz der in den letzten Jahren zurückgegangenen Zahl der Arbeitskräfte auf dem Lande betrug der Zuwachs landwirtschaftlicher Erzeugnisse im Laufe des siebenten Planjahrhüftes (1981 bis 1985) insgesamt 23,3 Prozent. Der Jahresdurchschnitt an Getreideerträgen lag im vorigen Planzeitraum bei 54,5 Millionen Tonnen, was um 4,2 Millionen Tonnen mehr als in der vorangehenden Planperiode ist. Die Aufgaben beim Aufbau aller Arten von tierischen Erzeugnissen wurden erfüllt. Der Gesamtumfang landwirtschaftlicher Produktion stieg um ein Drittel an. Die Tschechoslowakei versorgt sich voll und ganz mit Lebensmitteln.

Und deren Ergebnisse sieht man deutlich überall in der Republik. Zu diesen Zwecken sind im achten Planzeitraum mehr als 1,8 Milliarden Lewa verausgabt worden, d. h. etwa doppelt soviel wie im vergangenen Planjahrhüft. Hier hat man etwa 8 000 Hektar Land rekultiviert, 55 Prozent aller Abwässer werden geklärt, und der Anteil der aus der Luft aufgefundenen schädlichen Belastungen aus den Rauchemissionen erreicht 78 Prozent.

Eine der Hauptrichtungen im Umweltschutz des Landes im neunten Planjahrhüft, schreibt die „Rabotnitschesko Delo“ anlässlich des in Bulgarien jüngst begangenen Tages des Naturschutzes — ist eine effektivere Einführung abfallloser Technologien in die Produktion. Dank ihrer Anwendung werden in der Republik jährlich etwa 2,5 Millionen Tonnen industrieller Abprodukte verwertet.

Kleine, doch notwendige Erzeugnisse

HANOI. Die in Hanoi veranstaltete Republikausstellung von Erzeugnissen der Kleinindustrie gestaltete sich zu einer Leistungsschau dieses Produktionszweiges in Vietnam. Hier sind Woll- und Juteerzeugnisse, Keramikgegenstände, Schmucksachen und Kunstgewerbezeugnisse vertreten, durch die die vietnamesischen Meister seit und je berühmt sind. Heute entwickelt sich dieser traditionelle Zweig der Volkswirtschaft des Landes auf kollektiver Grundlage. Im Lande gibt es etwa 4 000 Produktionsgenossenschaften und mehr als 10 000 Produktionsgruppen, die rund 1,6 Millionen Menschen beschäftigen.

Die Kleinindustriebetriebe, die keine umfangreichen Investitionen erfordern und operativ auf den Bedarf der Bevölkerung reagieren, spielen in Vietnam bei der Konsumgüterproduktion eine beachtliche Rolle und helfen auch, das Problem der Beschäftigung der Bevölkerung zu lösen.

Gegenwärtig werden in solchen Betrieben etwa 45 Prozent sämtlicher Industrieerzeugnisse produziert. Einen erheblichen Beitrag leistet die Kleinindustrie zur Vergrößerung der Exportressourcen des Landes. Zahlreiche Arten davon erfreuen sich veränderter Nachfrage auf dem Weltmarkt, vor allem in der Sowjetunion und anderen sozialistischen Ländern. Diese Waren bilden 20 Prozent der Exportlieferungen der Republik.

nen erfordern und operativ auf den Bedarf der Bevölkerung reagieren, spielen in Vietnam bei der Konsumgüterproduktion eine beachtliche Rolle und helfen auch, das Problem der Beschäftigung der Bevölkerung zu lösen.

Gegenwärtig werden in solchen Betrieben etwa 45 Prozent sämtlicher Industrieerzeugnisse produziert. Einen erheblichen Beitrag leistet die Kleinindustrie zur Vergrößerung der Exportressourcen des Landes. Zahlreiche Arten davon erfreuen sich veränderter Nachfrage auf dem Weltmarkt, vor allem in der Sowjetunion und anderen sozialistischen Ländern. Diese Waren bilden 20 Prozent der Exportlieferungen der Republik.

Vor Winderosion geschützt

SOFIA. Ein bezeichnender Wesenszug der Dobrudscha-Ebenen der Hauptkornkammer Bulgariens — sind Felder, die ovalförmig und akkurat von grünen Streifen junger Bäume umgeben sind. Die auf wissenschaftlicher Grundlage angelegten Waldschutzzstreifen bilden ein mächtvolles Hindernis auf dem Wege der Winderosion, die die fruchtbaren Böden früher zerstörte. Nicht von ungefähr ist die Dobrudscha in der VR Bulgarien in hohem Maße beispielhaft für die Sorge des Menschen um die Natur.

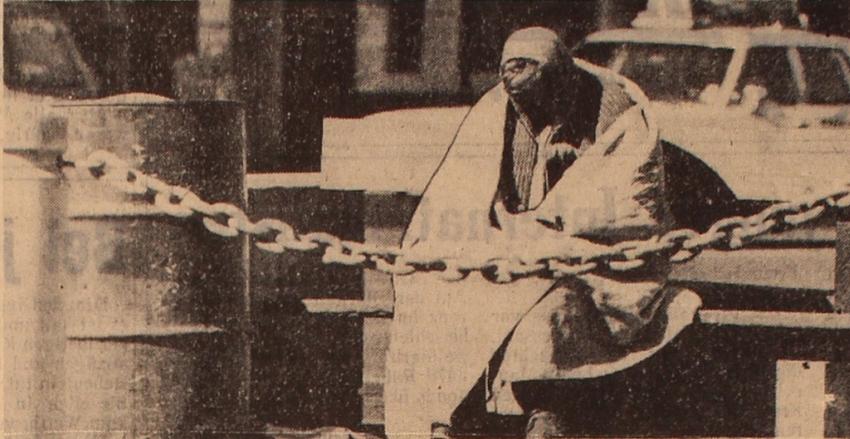


Foto: TASS

Und deren Ergebnisse sieht man deutlich überall in der Republik. Zu diesen Zwecken sind im achten Planzeitraum mehr als 1,8 Milliarden Lewa verausgabt worden, d. h. etwa doppelt soviel wie im vergangenen Planjahrhüft. Hier hat man etwa 8 000 Hektar Land rekultiviert, 55 Prozent aller Abwässer werden geklärt, und der Anteil der aus der Luft aufgefundenen schädlichen Belastungen aus den Rauchemissionen erreicht 78 Prozent.

Eine der Hauptrichtungen im Umweltschutz des Landes im neunten Planjahrhüft, schreibt die „Rabotnitschesko Delo“ anlässlich des in Bulgarien jüngst begangenen Tages des Naturschutzes — ist eine effektivere Einführung abfallloser Technologien in die Produktion. Dank ihrer Anwendung werden in der Republik jährlich etwa 2,5 Millionen Tonnen industrieller Abprodukte verwertet.

Cyrus Vance über die „Reagan-Doktrin“

Seit die jetzige amerikanische Administration an der Macht ist, seien die Konzeption und die Begriffsdefinition der Menschenrechte fast bis zur Unkenntlichkeit entstellt worden, schreibt der ehemalige USA-Außenminister Cyrus Vance in einem Artikel in der amerikanischen Zeitschrift „Foreign Policy“.

Das besondere Wohlwollen Washingtons gegenüber, erwähnt Cyrus Vance die volksfeindlichen Diktatorenregimes in Chile, Südkorea und Südafrika sowie die nikaraguanischen Konterrevolutionäre, die zu unterstützen ein unverzeihlicher Fehler sei.

Wie Cyrus Vance betont, erfordere die „Reagan-Doktrin“, hinter dem Banner der Verteidigung der „Menschenrechte“, von Amerika alle antikommunistischen Aktionen, wo auch immer sie unternommen würden, zu unterstützen. Wie das Beispiel Nikaraguas zeige, so schreibt der Autor, schlebe die Unterstützung, wie sie diese Doktrin verleihe, den Einsatz amerikanischer Waffen nicht aus und sehe entgegen den wiederholten Erklärungen der Administration, letztendlich klar und deutlich die Möglichkeit einer Intervention der USA-Streitkräfte vor. Eine derartige Politik sei im Interesse der Vereinigten Staaten und ihrer Positionen in der Welt ebenso fehlerhaft wie gefährlich, unterstreicht der Autor. Denn sie mache die Initiatoren dieser Politik blind gegenüber der realen Wirklichkeit und gegenüber möglichen Alternativen. Sie stelle die Prinzipien der Achtung der nationalen Souveränität und der Nichtmischung, die den Eckpfeiler der internationalen Ordnung bilden, in den Schatten.

Cyrus Vance warnt ferner davon, daß das Prinzip, an dem das Weiße Haus gegenwärtig festhält — nämlich: „Washington hat immer recht“, ein Fehler sei. Die Amerikaner müßten dem Selbstbetrug entgegen, zu dem der Antikommunismus, der dem außenpolitischen Kurs der jetzigen Administration zugrunde liegt, führe, betont der Autor abschließend.

BELGRAD. Im Messekomples der Jugoslawischen Hauptstadt ging die 25. Internationale Belgrader Automobil Ausstellung zum Abschluß. Daran beteiligten sich führende Automobilfirmen zahlreicher Länder, darunter auch der UdSSR. Den Automobilsalon besuchten rund 300 000 Personen. Allgemeine Aufmerksamkeit lenkte das achte Modell des sowjetischen WAS-Personenkraftwagens auf sich.

Im Rahmen des Automobil-

30 Jahre erfolgreicher Zusammenarbeit

WAS wurde der 30. Jahrestag der gegenseitigen Zusammenarbeit zwischen der Unionsvereinigung „Autoexport“ und der jugoslawischen Firma „Progreb“ begangen. In diesen Jahren wurden in Jugoslawien etwa 90 000 PKWs und 9 000 LKWs sowjetischer Produktion verkauft. Erfolgreich entwickelten das Auto-

gujevac und das WAS-Autowerk eine industrielle Genossenschaft. Vor kurzem wurde der zweite Fünfjahresplan der sowjetisch-jugoslawischen Zusammenarbeit für Kooperation und Spezialisierung im Bau von Schwerlastern unterzeichnet. An seiner Realisierung beteiligen sich zahlreiche Betriebe der UdSSR und der SFRJ.

«Wenn du deinen Planeten liebst»

So heißt der Titel eines Films, der dieser Tage in der schwedischen Hauptstadt vorgeführt wurde. Bei der Aufführung war die Filmatorin Helen Caldicott, amerikanische Ärztin und Mitbegründerin der Organisation „Ärzte für soziale Verantwortung“, die auf Einladung der Organisation „Ärzte Schwedens gegen Kernwaffen“ in diesem Land weilte.

Wie Helen Caldicott in ihrer Ansprache betonte, würde ein Kernwaffenkrieg in der heutigen Situation zwangsläufig zum Untergang der Menschheit führen. Gegenwärtig gebe es in der Welt

Arsenale von Kernwaffen, deren Kapazität unvergleichbar größer sei als die der Atombombe von Hiroshima und die für eine mehrfache Vernichtung der Erde ausreichen würde. Als Folge eines Kernwaffenkrieges würde der sogenannte atomare Winter ausbrechen. Millionen von Menschen würden unmittelbar nach den Kernwaffenanschlägen untergeheben bzw. obdachlos werden, viele würden langsam und qualvoll an Strahlenkrankheit und Epidemien sterben.

Deshalb müsse man gemeinsam das Abgleiten zum nuklearen Wahnsinn aufhalten und von

führenden Staatsmännern Maßnahmen zur Einstellung des Wettrüstens erzwingen, betonte Helen Caldicott. In diesem Zusammenhang würdigte sie die Haltung der Sowjetunion, die mehrmals ihr einseitiges Moratorium für die Kernwaffentests verlängert hat. Dies sei „ein Rezept für das Überleben der Menschheit“, betonte die amerikanische Ärztin. Zugleich kritisierte sie die „Sternenkrieg“-Pläne der Reagan-Administration, die eine neue unheilvolle Bedrohung für den Frieden in sich bergen.

Ein bewährter Kurs zum Wohle des Volkes

Die Arbeit der Gewerkschaften in der DDR nach dem XI. Parteitag der SED

Die Bereitschaft der Bürger der Deutschen Demokratischen Republik, sich mit Verantwortungsbewußtsein und Optimismus neuen Aufgaben zu stellen, ist nach dem XI. Parteitag der SED besonders spürbar. Das höchste Forum der führenden Partei in der DDR hatte im April 1986 beschlossen, den bewährten Kurs zum Wohle des Volkes und zur Sicherung des Friedens weiter fortzusetzen. Hauptaufgabe dabei ist, hatte der Parteitag betont, auch weiterhin ein solches Wirtschaftswachstum zu sichern, das es ermöglicht, das materielle und kulturelle Lebensniveau des Volkes zu erhöhen — also die Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik zu realisieren.

1990, die auf die wichtigsten wirtschaftlichen und sozialen Aufgaben hinweist. So soll zum Beispiel das Nationaleinkommen bis 1990 um 24 bis 26 Prozent steigen, 90 Prozent des Wachstums sollen durch Steigerung der Arbeitsproduktivität erreicht werden. Gleichzeitig soll der Produktionsverbrauch weiter gesenkt werden. Das Wohnungsbauprogramm der DDR wird mit dem Bau von weiteren über eine Million Wohnungen fortgesetzt und bis 1990 die Wohnungsfrage als soziales Problem gelöst.

In wenigen Zeilen

GENF. Eine Plenarsitzung der Delegationen der UdSSR und der USA bei den Verhandlungen für nukleare und Weltraumwaffen hat am 11. Juni auf Initiative der sowjetischen Seite in Genf stattgefunden.

Am selben Tag kam es im Rahmen der sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen über nukleare und Weltraumwaffen zu einer Sitzung der Gruppe für strategische Offensivwaffen.

HELSINKI. Alle Friedensbewegungen und nichtstaatlichen Organisationen sind vom Weltfriedensrat aufgerufen worden, alles in ihren Kräften Stehende zu unternehmen, damit die UNO-Konferenz über den wechselseitigen Zusammenhang zwischen Abrüstung und Entwicklung zustande kommt. In einer in Helsinki veröffentlichten Erklärung des Weltfriedensrates wird mit tiefer Besorgnis auf Aktionen einiger Regierungen hingewiesen, die eine Torpedierung der Konferenz zum Ziel haben. Bekanntlich soll das Treffen am 15. Juni in Paris eröffnet werden.

BRUSSEL. Die Regierung Belgiens hat ihren ständigen Vertreter beim NATO-Hauptquartier beauftragt, der Führung des Blocks sowie allen NATO-Mitgliedsländern offiziell die Haltung Belgiens zur Frage der chemischen Waffen, wie sie in einer entsprechenden Resolution der Abgeordnetenkammer des belgischen Parlaments dargelegt worden ist, zur Kenntnis zu bringen. Diese Resolution verbietet die Stationierung von chemischen Waffen auf dem Territorium Belgiens unter allen Umständen.

MANAGUA. Wie ein Vertreter der nikaraguanischen Regierung mitteilte, sind die acht BRD-Bürger von den Somoza-Banden wieder auf freien Fuß gesetzt worden. Die Bauleute, die in dem mittelamerikanischen Land an der Errichtung von Wohnhäusern mitgeholfen hatten, waren über drei Wochen in Gefangenschaft der Terroristen.

Anrühliche „Sensationen“

„Auf frischer Tat ertappt“, so lautet der Titel eines Kommentars der Nachrichtenagentur Bakhtar.

Wie es darin heißt, hat die chinesische Nachrichtenagentur Hsinhua aus Islamabad die Mitteilung verbreitet, daß der Generalsekretär des ZK der Demokratischen Volkspartei Afghanistans Najib bei einem „gewissen Konflikt“, zu dem es in Kabul gekommen sein soll, angeblich verwundet wurde. Diese Mitteilung ist die reinste Erfindung.

Um diesem Märchen jedoch den Anschein von Glaubwürdigkeit zu geben, beruft sich Hsinhua auf Angaben einer „afghanischen Presseagentur“. In der Dra gibt es nur eine Presseagentur — die Nachrichtenagentur Bakhtar, die selbstverständlich keinerlei derartige „Angaben“ gemacht hat und auch gar nicht machen konnte. Somit handelt es sich hier um die zweite Lüge.

Aufmerken läßt ferner, daß die Falschmeldung von Hsinhua aus der Hauptstadt Pakistans verbreitet wird, auf dessen Territorium bekanntlich über 100 Lager und Stützpunkte errichtet wurden, wo unter dem Schutz der pakistanischen Behörden und der regionalen Reaktion sowie unter dem Patronat der Geheim-

dienste der USA und einiger anderer westlicher Länder Terrorbanden, die in das Territorium der Dra eindringen, zusammengefasst, ausgebildet und ausgerüstet werden. Da die Felde der Dra nicht in der Lage sind, ihre Ziele mit Hilfe einer bewaffneten Intervention zu erreichen, verstärken sie die propagandistische Aggression. Sie scheuen nicht vor frechen Verleumdungen zurück und setzen über andere Massenmedien die auf anrühliche antiafghanische „Sensationen“ geraduzt erpicht sind, alle möglichen böswilligen Gerüchte in Umlauf.

Ein weiteres derartiges Gerücht wurde, wie wir sehen, von der Peking Nachrichtenagentur Hsinhua aufgegriffen. Und es hat sich als Reinfals erwiesen.

Starke Protestkundgebungen

Die chilenischen Studenten setzen sich entschlossen für den Sturz des volksfeindlichen Pinochet-Regimes und für die Bildung einer provisorischen Regierung ein, die den Grundstein für einen Prozeß der Wiederherstellung der Demokratie in Chile legen würde. Die Studenten beteiligen sich unbeeinträchtigt an Protestdemonstrationen, errichten Barrikaden und verwandeln ihre Lehr- und Wohnstätten in regelrechte Festungen, zu denen repressiv Kräfte keinen Zugang finden.

Den Mitteilungen aus Chile zufolge, wollen in Santiago starke Protestkundgebungen gegen die militärisch-faschistische Diktatur Pinochets kein Ende nehmen. Mit Knüppeln, Tränengas und Plastkugeln empfangt die chilenische Polizei die Teilnehmer der Kundgebung von Schülern und Lehrern, die gegen das Vorhaben des Regimes protestieren, mehr als 700 staatliche Lehranstalten an Privatunternehmer zu übergeben.



Foto: TASS

Lehren zweier Prozesse

Vor kurzem gingen zwei Prozesse zu Ende, die, obwohl in verschiedenen Ländern durchgeführt und den inkriminierten Verbrechen nach unterschiedlich, etwas Gemeinsames hatten. Verurteilt wurde gegen Kriegsverbrecher: in Zagreb (Jugoslawien) gegen Andrija Artukovic, den ehemaligen Innenminister in der Hitlerherrschaft, kroatischen Regierung; in Krefeld (Bundesrepublik Deutschland) gegen den ehemaligen SS-Scharführer der SS Wolfgang Otto. Der erste hatte sich für die Ermordung von mehr als 700 000 Menschen, der zweite für den Mord an Ernst Thälmann zu verantworten.

Denen beide Prozesse nicht schon früher stattgefunden hätten. Man bedenke: Die Verbrechen Artukovic wurden schon während des Krieges rufbar. Von Ottos Mittäterschaft an der Ermordung Ernst Thälmanns erfuhr man 1947. Warum kamen diese Verbrechen dann erst in den 80er Jahren vor Gericht? Weil sie in dieser ganzen Zeit von Juristen jener Welt verteidigt wurden, die sich anmaßend „frei“ nennt und durch den Mund ihrer Spitzenpolitiker andere Moralpredigten hält.

Der Sachverhalt war absolut klar. Artukovic floh nach dem Krieg in die USA, und Jugoslawiens Forderungen nach seiner Auslieferung blieben unbeantwortet. Dann begann ein 30jähriger Papierkrieg, der erst 1986 beendet wurde. Nur unter dem Druck

der Weltöffentlichkeit wurde Artukovic nach Jugoslawien ausgewiesen, wo das gerechte Urteil über ihn gefällt wurde. In der Anklageschrift hieß es, seine Verbrechen stellen ihn „neben die größten Kriegsverbrecher, die die freiheitliebende Menschheit in Nürnberg und bei anderen Prozessen verurteilt hat. Ihre Verbrechen dürften nicht vergessen werden.“ Der Henker wurde zum Tode verurteilt.

Auch Ottos Schicksal ist sehr erhellend. Gleich nach dem Krieg kam er wegen Mittäterschaft an den Greuelaten im Todeslager Buchenwald vor ein amerikanisches Militärgericht und wurde zu 20 Jahren Freiheitsstrafe verurteilt. Doch schon 1952 ließen ihn die barmerzigen US-Behörden laufen. Als sich Zeugen sel-

Pressekonferenz in Hiroshima

Die Teilnehmer der Bewegung „Internationale Ärzte zur Verhinderung des Nuklearkrieges“ sind für die unverzügliche Einstellung aller nuklearen Versuche, die Nichtanwendung und die Beseitigung der Massenvernichtungswaffen sowie für eine Verwendung der durch die Beendigung des Wettrüstens freigesetzten Mittel für medizinische und soziale Zwecke. Das erklärte der Vorsitzende der Bewegung, der amerikanische Professor Bernard Lowy auf einer Pressekonferenz in der japanischen Stadt Hiroshima. Gemeinsam mit dem anderen Vorsitzenden der Bewegung, dem sowjetischen Akademikergewerkschafter Jewgeni Tschasow, steht er an der Spitze einer Delegation von Medizinern, die gegenwärtig in dem Inselstaat weilte.

Auf dem kürzlich in Köln durchgeführten Kongreß der Bewegung sei von den Ärzten der Welt ein „medizinisches Rezept“ zur Befreiung der Menschheit von der nuklearen Gefahr unterbreitet worden, indem man zu einer Einstellung der nuklearen Tests aufgerufen habe, sagte Bernard Lowy. „Wir gehen davon aus, daß diese Versuche ein Katalysator des Wettrüstens sind und zur Schaffung noch raffinierterer Mittel zur Führung eines Ersten Schlags beitragen.“ Der amerikanische Arzt äußerte seine Befriedigung darüber, daß die Sowjetunion einseitig ein Moratorium für alle Nuklearexplosionen eingeführt habe. Er rief die USA auf, sich schnellstmöglich dieser Initiative anzuschließen.

Lowy verwies darauf, daß in der Welt gegenwärtig eine derart große Anzahl von nuklearen Gefechtsköpfen angehäuft worden ist, die mehr als eine Million Hiroshimas vernichten könnten. Es müsse leider konstatiert werden, daß die laufenden Abrüstungsverhandlungen noch zu kleiner Reduzierung der Raketenkernwaffen-Arsenale geführt haben. Im Gegenteil sei deren zerstörerische Kraft in den letzten 25 Jahren um das Dreifache vervielfacht angewachsen. Diesem gefährlichen Prozeß, der die Menschheit zur Selbstvernichtung führt, müsse Einhalt geboten werden. Deshalb, sagte Lowy, seien die Ärzte gegen eine Umwandlung des Weltraums in eine Arena der nuklearen Konfrontation. Sie unterstützen alle Maßnahmen, die zur Entspannung und zur Rüstungsbegrenzung führen.

In der Welt würden jedoch bei weitem noch nicht alle die enorme Gefahr erkennen, die die Kernwaffen in sich tragen, sagte Jewgeni Tschasow. Eine Warnung vor dieser Gefahr war die Havarie im Kernkraftwerk von Tschernobyl, die erneut die Aufmerksamkeit auf die Probleme der radioaktiven Verseuchung gelenkt hat. In Tschernobyl sei es nur zu einem Austritt von radioaktivem Dampf gekommen. Die Beseitigung der Havarie habe aber die Anstrengungen des gesamten Landes erfordert. Im Falle eines Kernwaffenkrieges werde die Medizin außerstande sein, den Menschen zu helfen.

Der stellvertretende Vorsitzende der Bewegung „Internationale Ärzte zur Verhinderung des Nuklearkrieges“ Jan Maddock aus Australien lenkte die Aufmerksamkeit der Journalisten auf die Anstrengungen der sowjetischen Mediziner zur Rettung der von der Havarie Betroffenen.

„Während unseres kürzlichen Aufenthalts in der UdSSR haben wir ein Krankenhaus besucht, wo diese Menschen behandelt werden. Ich möchte betonen, daß sich unsere sowjetischen Kollegen mit hoher beruflicher Meisterschaft und außerordentlich hoher Aufmerksamkeit zu den Patienten verhalten haben.“

Motor dieser Vorhaben sind die Gewerkschaftsgruppen in den Betrieben. Auf der Grundlage eines auf der 14. Tagung des Bundesvorstandes des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes (FDGB) Ende April 1986 angenommenen Beschlusses zur Organisierung des gewerkschaftlichen Wettbewerbs nach dem XI. Parteitag der SED wurden überall von den Gewerkschaften die bestehenden Wettbewerbsprogramme in den weitestgehenden Betrieben überarbeitet. Sie orientieren sich an der auf dem Parteitag beschlossenen Direktive für den Fünfjahresplanzeitraum 1986 bis

1990, die auf die wichtigsten wirtschaftlichen und sozialen Aufgaben hinweist. So soll zum Beispiel das Nationaleinkommen bis 1990 um 24 bis 26 Prozent steigen, 90 Prozent des Wachstums sollen durch Steigerung der Arbeitsproduktivität erreicht werden. Gleichzeitig soll der Produktionsverbrauch weiter gesenkt werden. Das Wohnungsbauprogramm der DDR wird mit dem Bau von weiteren über eine Million Wohnungen fortgesetzt und bis 1990 die Wohnungsfrage als soziales Problem gelöst.

In den Diskussionen der Gewerkschafter in der DDR (der FDGB hat 9,3 Millionen Mitglieder, das sind rund 97 Prozent aller Berufstätigen) zur Überarbeitung der Wettbewerbsprogramme zeigte sich millionenfache Bereitschaft, mit eigenen hohen Leistungen einen Beitrag zur dynamischen Entwicklung der sozialistischen Volkswirtschaft zu erbringen. So berichtete zum Beispiel die Bauleiterin und Gewerkschaftsfunktionärin Martina Lammel aus dem Hoch- und Tiefbaukombinat Pirna auf der 14. Tagung des FDGB-Bundesvorstandes über die Diskussionen der Gewerkschafter in ihrem Betrieb: „Alle waren sich einig: Erst kluge Ideen und höchster Einsatz an jedem Arbeitsplatz bewirken die geforderten Spitzenleistungen, die dann jene sozialen Auswirkungen haben, wie sie nach dem XI. Parteitag wieder um hunderttausenden Familien bei uns zugute kamen. Dafür lohnen sich Anstrengungen um hohe Wettbewerbsresultate.“

Der Vorsitzende des Bundesvorstandes des FDGB, Harry Tisch, knüpfte in seinem Referat auf der 14. Tagung des leitenden Gewerkschaftsorgans an solche Diskussionen in den Betrieben an, als er erklärte: „Mit der Annahme der neuen Zielstellungen bringt die Arbeiterklasse, bringen all Werktätigen durch die eigene Tat ihre Bereitschaft zum Ausdruck, auf dem vom Parteitag gewiesenen Weg die entwickelte sozialistische Gesellschaft weiter zu gestalten.“ Dabei, so betonte Harry Tisch, wurde auch die Aufgabe der Gewerkschaften eindeutig definiert, überall und ohne Ausnahme darauf zu achten und dahin zu wirken, daß der Einsatz der Schlüsseltechnologien für die weitere Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen genutzt wird sowie energisch dafür einzutreten, daß mit umfassenden Intensivierung der Produktion stets die Entwicklung der sozialistischen Arbeitskultur, der Bildung, des Urlaubs und der Freizeitgestaltung in ihrer ganzen Breite einhergeht.

So erwachsen sich die Gewerkschaften im realen Sozialismus als starke Kraft sozialistischer Demokratie in der Produktion in den Betrieben und Arbeitskollektiven.

(Panorama DDR)

Doch was die beiden Prozesse vor allem vereinte, war nicht die Vergangenheit, sondern die Gegenwart, u. a. die Gründe, aus

der Weltöffentlichkeit wurde Artukovic nach Jugoslawien ausgewiesen, wo das gerechte Urteil über ihn gefällt wurde. In der Anklageschrift hieß es, seine Verbrechen stellen ihn „neben die größten Kriegsverbrecher, die die freiheitliebende Menschheit in Nürnberg und bei anderen Prozessen verurteilt hat. Ihre Verbrechen dürften nicht vergessen werden.“ Der Henker wurde zum Tode verurteilt.

Auch Ottos Schicksal ist sehr erhellend. Gleich nach dem Krieg kam er wegen Mittäterschaft an den Greuelaten im Todeslager Buchenwald vor ein amerikanisches Militärgericht und wurde zu 20 Jahren Freiheitsstrafe verurteilt. Doch schon 1952 ließen ihn die barmerzigen US-Behörden laufen. Als sich Zeugen sel-

Immer bereit!

Für unsere jungen Leser

Treffen junger Internationalisten

Unter dem Motto „Wir sollen diese Welt schützen“ verlief in Moskau das jüngste Unionstreffen der jungen Internationalisten. Daran beteiligte sich auch der KIF „Rodina“ aus Alma-Ata. Die jungen Internationalisten aus der 92. Mittelschule trafen sich in Moskau mit jungen Internationalisten aus dem Ausland und aus allen Unionsrepubliken. Sie haben viel neue

Freundschaftsbeziehungen geschlossen. Das Programm des Treffens war sehr mannigfaltig und interessant. Gleich am ersten Tag besuchten die Jugendlichen das Lenin-Mausoleum. Sie besichtigten den alten Kreml und den Kongreßpalast; waren bei den Studenten der Lumumba-Universität zu Gast. Sehr ersprießlich war für sie die Zusammenkunft mit dem KIF aus

der 732. Mittelschule von Moskau. Auf der darauffolgenden Konferenz im Zentralen Pionierpalast berichteten die Alma-Ataer über ihre Solidaritätsaktionen, deren Erlös (470 Rubel) sie an den Friedensfonds übermitteln wollten.

Angelika SCHULZ,
Jungkorrespondentin

Alma-Ata

Reise in die Märchenwelt

Eine ganze Woche lang „weilten“ bei den Pionieren von Dobroje Pole die Helden ihrer Lieblingsmärchen zu Gast. Für die Märchenwoche im Schullager hatten Kostja Böhm und Julia Reich Bilder zu ihren Lieblingsgeschichten von Hans Christian Andersen gezeichnet. Alla Görzen und Alex Bechthold hatten aus Lehm das Rotkäppchen, das Aschenbrödel und die Bremer Stadtmusikanten geformt.

Im Laufe dieser Woche wurden die schönsten Märchen der Welt gelesen. Auch die reiche Bücherausstellung, die die Bibliothekarin Rausa Chairissanowa mit ihren Helfern Eugen Baumbach und Michä Rajsow organisiert hatte, half den Kindern, sich mit neuen kasachischen, uigurischen, chinesischen und anderen Märchen vertraut zu machen.

Zum Schluß führten die Kinder selbst einige Szenen aus „Frau Holle“ vor.

„Damit ist die Reise in die wundervolle Märchenwelt noch nicht zu Ende“, sagt Marina Schmidt. „Jeden Nachmittag lesen wir ein neues Märchen.“

Irene BAUN

Gebiet Omsk



Auch im Sommer in der Künstlerwerkstatt

An regnerischen Sommertagen versammeln sich die Schüler des Dorfes Mirny im Gebiet Nordkasachstan bei ihrem Kunstlehrer Alexander Ponomarenko. Gern hören sie seine spannenden Geschichten über Kunst und Künstler. Unter der Anleitung des Lehrers ar-

beiten sie auch im Sommer in seiner Künstlerwerkstatt.

Auf den Bildern: Andreas Weinberger und Aigul Bimanowa schnitzen mit Vorliebe Holzfiguren. Wieder hat Alexander Grigorjewitsch etwas Interessantes zu erzählen.

Fotos: Georg Helm



Robert WEBER

Opa, Papa, Enkel

Sie kaufen an einer Ecke drei bunte Luftballons, drei Kopien des Monds: Für den Kleinen einen blauen wie der Morgen — er hat keine Sorgen. Für den Papa einen grünen wie der Junitag — nach seinem Geschmack. Für den Großpapa einen roten wie der späte Abend. Schallend lacht der Knabe! Der Vaterichert leise. Der Großvater lächelt weise.

Gute Freunde

Edik träumte schon lange von einem Fahrrad, aber er hatte noch sieben Geschwister, so daß ihm die Eltern diesen Luxus nicht leisten konnten.

„Hör mal“, meinte zu ihm sein Schulkamerad Jura, „wir sind doch schon erwachsen. Wenn wir bald die 8. Klasse beendet haben, brauchen wir uns da noch auf Vaters Geldbeutel zu verlassen?“ „Was meinst du damit, Jura?“ „Wir können doch selbst verdienen. In unserem Kolchos sind im Sommer Arbeitshände sehr gefragt.“

Der Bursche vergaß sein Versprechen nicht. Nach dem letzten Klingelzeichen brachten sie dem Vorsitzenden des Kirow-Kolchos ihr Anliegen vor.

„Ihr kommt wie gerufen, Jungs! Wir müssen vor der Heumähe schnellstens die Tierkomplexe re-

novieren, und da reichen uns die Arbeiter nicht aus. Möchtet ihr das arbeiten?“

„Warum nicht! Wir lernen doch in der Schulwerkstatt Schlossern und Tischlern.“

„Sehr schön! Dann kommt morgen zu Schichtbeginn, und ihr könnt in der 3. Brigade beginnen. Wir geben euch den Altersrentner Iwan Jakowlewitsch bei. Er ist ein tüchtiger Meister und wird euch die entsprechenden Anweisungen geben. Abgemacht?“ „Jawohl!“

Die Jungs gaben sich Mühe und leisteten gute Arbeit. Sogar der wortkarge und anspruchsvolle Iwan Jakowlewitsch lobte sie im Beisein des Vorsitzenden. In einer Dekade hatten sie je 30 Rubel verdient.

„Wenn ich noch soviel hätte, könnte ich mir schon jetzt ein

Fahrrad anschaffen“, meinte Edik. „Das kannst du auch so: Ich leg mein Geld hinzu und wir kaufen eins, denn wir haben doch dem Vorsitzenden versprochen, das Jungvieh zu hüten. Und das ist auf Rädern bequemer.“

„Und du?“

„Ich habe doch ein Fahrrad und freue mich, wenn auch du eins bekommst.“

Edik dankte seinem Freund für seine Güte; als er aber am nächsten Tag zu Jura kam, war er etwas nachdenklich gestimmt.

„Was ist los?“

„Siehst du — aus unserem Plan wird nichts.“

„Warum?“

„Mein Schwesterchen muß im Herbst in die Schule, hat aber keinen Mantel und keine Stiefeln. Vater und Mutter meinten, das ginge voran. Und da gab ich ihnen das Geld dazu ab.“

„Sei unbesorgt, wir werden ab morgen die Kälber hüten und noch Geld verdienen. Vorläufig

Der Abschied fiel schwer

Die 3. Klasse haben wir nun beendet. Zuletzt wanderten wir mit unserer lieben Lehrerin Alexandra Stepanowna durch die Umgebung unserer Stadt. Sie erzählte uns wieder über die Tiere und Pflanzen, die hier vorkommen und die sie sehr liebt.

Aber alle Mädchen und Jungen waren traurig, denn es war doch

unsere letzte Wanderung mit ihr. Im nächsten Jahr werden wir verschiedene Fachlehrer haben. Alexandra Stepanowna wird jetzt wieder eine Nullklasse übernehmen.

Aufrichtig gesagt, beneiden wir ihre künftigen Schüler: Sie wird ihnen das Lesen, Schreiben und Rechnen beibringen und interes-

sante Tiergeschichten erzählen. Als Sternchenleiter werden wir ihr in der Arbeit mit den Sechsjährigen helfen.

Ruslan DUNESBAJEW,
4. Mittelschule

Aktjubinsk

Bei jedem Wetter schwimmen lernen

Draußen regnet es in Strömen, es ist kalt und unfreundlich, aber der lustigen Kinderschar mit Badeanzügen und Handtüchern in Plastbeutel tut der Regen nichts an. Sie eilen in die Schwimmhalle zum Wettbewerb.

Heute wetteifern die Zehnjährigen auf der 50-Meter-Strecke in Brustschwimmen.

„Schnell umkleiden und ins Wasser“, sagt der ungeduldige Trainer Gennadi Sawtschenko.

Das Vortraining dauert einige Minuten, dann „pfeift“ der Schiedsrichter alle Teilnehmer aus dem Wasser. Unter den Jungen gewinnt Sascha Doroschenko den ersten

Preis, bei den Mädchen ist Ira Just die Schnellste.

Nach dem Wettbewerb steigen andere Gruppen ins Wasser, manche sind noch wasserscheu, haben eine „Gänsehaut“, obwohl das Wasser auch im Sommer angewärmt ist. Sie lernen hier bei den erfahrenen Trainern Ludmilla Murawjowa und Katharina Just schwimmen.

„Jedes Kind muß schwimmen lernen und seine Gesundheit stärken. Zur Zeit besuchen 500 Mädchen und Jungen die Schwimmhalle und rund Tausend junge Einwohner von Abai haben es bei uns

gelernt“, erzählt der Direktor der Schwimmhalle, Albert Kraus.

„Außerdem haben wir für die Kinder mit schwacher Gesundheit eine Gruppe gegründet, die das ganze Jahr unter ärztlicher Kontrolle wirkt“, fügt die Trainerin Katharina Just hinzu.

Als ich die Schwimmhalle verließ, regnete es immer noch, aber das hielt die jungen Schwimmer aus Abai nicht vom Baden zurück, sie plätscherten im kristallreinen Wasser unterm Dach.

Alexander BAUER

Gebiet Karaganda

Auf dem Wanderpfad

Diese Bergkuppe trägt mit Recht den Namen „Pokataja“ („Flache“). Das Reihergras verfärbt sich zu jeder Jahreszeit: im Frühjahr ist es smaragdgrün, im Sommer schimmert der blühende Marienflachs silber; im Herbst trägt die Kuppe eine verblichengraue Tracht, und im Winter ist sie schneeweiß.

Vom östlichen bis zum westlichen Teil schfängelt sich ein

schmalen Pfad, und auf dem nördlichen Hügelhang gab es noch vor Jahren einen kleinen Quell, jetzt ist er versiegt.

Der Pfad führt den Wanderer direkt von der Kuppe in einen kühlen und stillen Wald. Die Grashüpfel zirpen hier leise und beruhigend, der Kuckuck ruft ab und zu in den Wald hinein. Vom Feld hört man die Wachtel über die Hitze klagen.

Der Wald steht verzaubert da. Die schlanken Birken und die Zitterpappeln rascheln sanft mit ihrem bizarren Laub. Der Waldrand sieht einem bunten, prächtigen Teppich ähnlich. Ab und zu lugt zwischen den Blumen eine verfrühte Erdbeere mit ihrem roten Bäckchen hervor oder steht plötzlich ein stämmiger Butterpilz.

Anatol SPRINGER

Gebiet Zelinograd

Nimm Stellung!

Noch einmal über die Brotreste

In letzter Zeit wird viel über Sparsamkeit gesprochen und geschrieben. Sicher habt ihr auch in den Klassenstunden darüber gesprochen.

Heute schreibe ich diese Zeilen für Schüler. Dazu bewegte mich ein Vorfall, den ich in meinem Hof erlebte.

Eines Abends wartete ich mit anderen Bewohnern den Müllwagen ab. Als er kam, stülpte ein Mädchen mit einem Pionierhalsbuch, wahrscheinlich eben aus der Schule, einen vollen Eimer, in dem es auch viel Brotreste gab, in den Wagenkasten. Ich hielt es nicht aus und fragte, warum sie die Brotreste nicht in den Sack, der immer an dem Wagen extra dafür hängt, werfe. Das Mädchen jedoch antwortete mir nicht und lief schnell ins Haus zurück. Ich fühlte mich tief verletzt, nicht weil das Mädchen mir nicht antwortete, sondern weil ich fürchte, es gibt noch andere Kinder, die mit Brotresten genau so umgehen.

Else HERMANN,
Veteran der pädagogischen Arbeit

Die Kränkung

Eines Tages entdeckte ich in meinem Zimmer eine Turteltaube. Sie war wahrscheinlich durch die offene Balkontür hereingekommen. Der Vogel war sehr schön, sein zartrosa Gefieder glänzte. Am schönen Hals „trug“ die Taube eine schwarze „Kette“.

Ich freute mich über den Gast, weil ich in der Stadt fremd war und noch keine Freunde hatte. Schnell eilte ich in die Küche und brachte ein Paket mit Grütze. Der Vogel begann sie sofort zu picken. Mir fiel Mutters Sprichwort ein: „Ein Vogel bringt Gutes mit sich“. Aber ich war durchaus nicht gut zu meinem Gast. Ich nutzte sein Vertrauen aus, indem ich mich leise zur Balkontür schlich und sie zuschlug.

Morgens stellte ich dem Täubchen eine Schüssel mit Wasser hin, streute Körner hinein und ging zur Arbeit. Abends merkte ich, daß der Vogel nichts berührt hatte. Er saß aufgeplustert und traurig in der Ecke, fraß und trank nicht, sein Gefieder hatte den Glanz verloren. Ich bekam Gewissensbisse.

Im Wüstengebiet Gurjew gibt es nur wenige Turteltauben, die hauptsächlich in kleinen Hainen an winzigen Fließchen leben. Sie müssen es auch sonst gar nicht so gut haben, und da sperrt einer den armen Vogel noch in seiner verqualmten Wohnung ein.

Mit Sonnenaufgang machte ich das Fenster weit auf. Die Taube erhob sich und flog fort. Abends war sie wieder bei mir. Jetzt lebten wir in voller Eintracht: Morgens „gingen“ wir beide zur Arbeit,

und abends kehrten wir nach Hause zurück.

Eines Abends kam sie mit ihrem Freund. Er war noch schöner — das Gefieder war dunkellila mit weißen Karos auf den Flügeln. Als ich aber zu ihm näher wollte, schlüpfte er durchs Balkonfenster hinaus; ihm folgte auch meine Freundin. Sie kehrten erst am nächsten Tag zurück, flogen aber wieder fort. Um das Pärchen für mich zu gewinnen, klügelte ich einen tückischen Plan aus. Ich band eine Schnur an die Klinke der Balkontür und zog sie durch den Korridor. Als die Vögel abends Körner pckten, zog ich an der Schnur und machte die Tür zu. Das Männchen prallte gewaltig gegen die Fensterscheibe. Da es zu schwach und zu leicht war, um das Glas durchzuschlagen, fiel es ohnmächtig zu Boden.

Ich schimpfte über meinen Egoismus. Der Vogel gewahrte es doch nicht, daß die durchsichtige Fensterscheibe eigentlich eine Wand für ihn war. Er sah nur den Himmel und das Licht. Ich hob den ohnmächtigen Vogel auf und legte ihn auf ein Handtuch. Lange lag er mit geschlossenen Augen, den Schnabel gesenkt. Erst am Morgen öffnete er die Augen, erhob sich aber nicht. Ich öffnete die Balkontür und ging zur Arbeit.

Abends fand ich die Vögel nicht. Ich wartete lange auf ihre Rückkehr, doch sie kamen nicht mehr. Sie haben mir die Kränkung wohl nicht verziehen.

Leo BIRKLE

Miki sorgt für Brieffreunde

Aislu hat die 7. Klasse beendet. Jetzt, im Sommer, ist sie Pionierleiterin im Schullager. Sie möchte mit einem Mädchen korrespondieren, das ebenfalls aktiv im Pionierleben steht.

Hier ihre Adresse:
459430 Kustanayskaja oblast'
gorod Džetysajra,
poselok Elevator
ul. Dostojewskogo 6, kv. 2
Aislu NURPEISSOWA

Die vierzehnjährige Sportlerin Gulja und Lilly möchten mit ihren Altersgenossen aus der DDR korrespondieren. Beide erlernen in der Schule als Fremdsprache Deutsch.

Sie wohnen:
459430 Kustanayskaja oblast',
Džetysajrskij rajon,
p. Kaszelskojzestehnika
ul. Titowa, 12, kv. 3
Gulja JESSENOWA
472071 Karagandinskaja oblast',
Tjelmanjskij r-n,
s/z Tuuzdinskij,
p. Nowostrojka
Lilly BLIMKE

Redakteur L. L. WEIDMANN

Unsere Anschrift:
Kasachskaja SSSR, 473027 g. Celinograd,
Dom Sowetow, 7-j etazh, «Frojndschafft»

TELEFONE: Redakteur — 2-19-09; stellvertretende Redakteure — 2-17-07, 2-06-49; Redaktionssekretär — 2-16-51; Sekretariat — 2-78-50; Abteilungen: Propaganda — 2-76-56, Parteipolitische Massenarbeit — 2-18-23; Sozialistischer Wettbewerb — 2-17-55; 2-76-56; Kultur — 2-79-15; Kommunistische Erziehung — 2-56-45; Leserbriefe — 2-77-11; Literatur — 2-18-71; Bildreporter — 2-17-26; Korrektur — 2-37-02; Buchhaltung — 2-79-84.

«FROJNDŠAFT»
ИНДЕКС 65414
Выходит ежедневно, кроме воскресенья и понедельника

Типография издательства Целиноградского обкома Компартии Казахстана
Заказ № 4487 УН 01769